

Von: Katrin Urban Mangold [mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de]

Gesendet: Samstag, 1. Juni 2024 13:56

An: 'olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de' <olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de>

Cc: 'urban.mangold@oedp-bayern.de' <urban.mangold@oedp-bayern.de>; 'katrin-urban-mangold@tpponline.de' <katrin-urban-mangold@tpponline.de>

Betreff: Antrag: Landwirtschaftliche Bezirksgüter zur gentechnikfreien Zone erklären

Urban Mangold,
Bezirksrat
Kapuzinerstr. 5,
94032 Passau

Herrn Bezirkstagspräsidenten
Dr. Olaf Heinrich

Antrag: Bezirk Niederbayern erklärt Gentechnikfreie Zone

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

bitte leiten Sie den folgenden Antrag an das zuständige Gremium des Bezirkstags zur Beratung und Entscheidung weiter.

Der Bezirkstag von Niederbayern möge beschließen:

1.

Der Bezirk Niederbayern wird auf seinen eigenen landwirtschaftlichen Gutsflächen und in seinen landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen keine genveränderten Pflanzen zur Aussaat bringen und erklärt diese Einrichtungen zur gentechnikfreien Zone. Dies gilt auch für die sogenannte Neue Gentechnik (z. B. CRISPR/Cas).

2.

Der Bezirk Niederbayern sieht die Gefahr, dass die Aussaat genveränderter Pflanzen durch andere Grundstückseigentümer auch auf die landwirtschaftlichen Flächen des Bezirks übergreift und diese auch dann beeinträchtigen kann, wenn der Bezirk sich gemäß Punkt 1 dieses Antrages verhält.

3.

Aus diesem Grund appelliert der Bezirk an die Bayerische Staatsregierung, alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Bayerische Naturschutzgesetz, insbesondere Art. 11 b zu verteidigen. Zu diesem Zweck wird die Staatsregierung gebeten, die bayerischen Europaabgeordneten darauf hinzuweisen, dass die Einführung der Neuen Gentechnik mit dem Art 11 b des Bayerischen Naturschutzgesetzes unvereinbar wäre.

4.

Der Bezirk Niederbayern sieht durch eine eventuelle Zulassung der sogenannten Neuen Gentechnik die Existenz der landwirtschaftlichen Öko-Betriebe in Niederbayern in Gefahr. Öko-Betriebe arbeiten nach ihrem Selbstverständnis konsequent gentechnikfrei. Die Gefahr

einer Kontamination durch gentechnisch veränderte Pflanzen wäre jedoch hoch. Es muss sichergestellt sein, dass die ökologisch wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirte nicht auf Analyse-Kosten „sitzen bleiben“. Dies würde auch die Regio2030-Strategie des Bezirks Niederbayern gefährden.

Begründung:

Das Europaparlament hat im Februar mehrheitlich für die Einführung der sogenannten Neuen Gentechnik gestimmt. Die EU-Abgeordneten aus dem Freistaat, die sich dem Vorschlag angeschlossen haben, wissen natürlich, dass Ihr Abstimmungsverhalten mit dem Bayerischen Naturschutzgesetz unvereinbar ist. Denn dort steht seit dem erfolgreichen ÖDP-Artenvielfalt-Volksbegehren „Rettet die Bienen“ wörtlich: ‚Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist in Bayern verboten‘.

Der Bezirksausschuss hat sich am 30. Januar 2019 dafür ausgesprochen, die Öffentlichkeit über das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ zu informieren und dies auch getan. Es ist nur folgerichtig, wenn der Bezirk sich auch jetzt klar positioniert und öffentlich erklärt, dass die Zulassung genveränderter Organismen den Bestrebungen des Bezirks zuwiderläuft.

Die Risiken der Agrar-Gentechnik sind unüberschaubar. Einmal in die Natur entlassen sind die Folgen nicht mehr rückholbar. Die meisten Menschen in Niederbayern wollen jedoch keine Gentechnik auf dem Teller und stehen folglich zu ihrem Naturschutzgesetz. Dies hat das erfolgreiche Artenvielfalt-Volksbegehren eindrucksvoll gezeigt.

Bis zum Jahr 2030 will der Bezirk erreichen, dass mindestens je 30 Prozent der in den Bezirksreinrichtungen verwendeten Lebensmittel aus regionaler und biologischer Herstellung stammen. Den dafür nötigen Beschluss fasste der Bezirksausschuss bereits im Dezember 2019. Eine Existenzgefährdung ökologisch wirtschaftender Betriebe durch die sogenannte Neue Gentechnik gefährdet auch die Regio2030-Strategie des Bezirks.

Mit freundlichen Grüßen

Urban Mangold,
Bezirksrat